

## **„Die kommunistischen Invasionen 1953 und 1956“**

### **4. Internationales Symposium**

In Erinnerung an die kommunistischen Invasionen in Mittel- und Osteuropa veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis "Verbrechen des Kommunismus" der Christdemokratischen Volkspartei (KDNP) am 6. November 2012 im Hotel Gellért in Budapest ein Symposium zum Thema „Die kommunistischen Invasionen 1953 und 1956“. Mehr als 100 Gäste nahmen an der Veranstaltung teil.

Der Vorsitzender des Arbeitskreises Péter Eötvös unterstrich in seiner Eröffnungsrede die Bedeutung der Aufklärungsarbeit, welche die Arbeitsgruppe „Verbrechen des Kommunismus“ und die mit der KAS zusammen veranstalteten Symposien leisten würden: Sie würde die Augen öffnen, welche durch Schweigen geschlossen wurden.

Der Leiter des KAS-Auslandsbüros Frank Spengler wies in seinem Grußwort auf die Gemeinsamkeiten der gewaltsamen Unterdrückung der Volksaufstände 1953 in der DDR und 1956 in Ungarn hin, welche veranschaulichen würden, wie sehr sich die Aktionen der kommunistischen Machthaber ähneln würden. Budapest und Berlin, aber auch Prag im Jahr 1968 stünden dabei nicht nur für Unterdrückung, sondern auch für den Mut der Menschen, die sich gegen ein totalitäres und Unterdrückungssystem erhoben haben.

Der Parlamentarische Staatssekretär des Verwaltungs- und Justizministeriums, Dr. Bence Rétvári, betonte, dass man auch heute noch vielen Menschen in Budapest begegnen würde, die unter dem kommunistischen System gelitten hätten. Das neue Grundgesetz Ungarns spräche sich auch deswegen gegen die Verjährung der Gräueltaten und Verbrechen gegen die Menschlichkeit aus, die gegen das ungarische Volk sowohl während der nationalsozialistischen wie auch während der kommunistischen Diktatur verübt wurden. So sei gesichert, dass den Opfern von 1956 auch heute noch Gerechtigkeit widerfahren könne und man mit demokratischen Mitteln gegen die Menschen vorgehen könne, die ihr Recht mit Gewalt über das Recht anderer gestellt hätten. Gleichzeitig betonte er auch die Bedeutung der

aufklärerischen Arbeit, der sich die Konrad-Adenauer-Stiftung zusammen mit dem Arbeitskreis angenommen habe und bedankte sich für das diesbezügliche Wirken der Stiftung. Er forderte dazu auf, die verschiedenen Aspekte des menschenverachtenden kommunistischen Systems zu analysieren und die entsprechenden Lehren daraus zu ziehen.

Dr. Attila Horváth, Dozent an der Eötvös Loránd Universität (ELTE) in Budapest, klärte mit seinem Vortrag „Gewehrsalven gegen Zivilisten“ über die Gewalt gegen die demonstrierenden ungarischen Bürger zwischen dem 23. Oktober 1956 und Ende Januar 1957 auf: Er bezeichnete die Ereignisse nach der Niederschlagung des Volksaufstandes durch die Rote Armee im November 1956 als einen „Rachefeldzug gegen das ungarische Volk“, an dem auch maßgeblich die Regierung unter János Kádár beteiligt gewesen sei, da diese durch die mangelnde Unterstützung seitens des ungarischen Volkes um ihre Macht fürchten musste. Er betonte auch die Unsicherheit der ungarischen Führungskräfte sowie mangelnde Erfahrung von Polizei und Staatssicherheit im Umgang mit solchen Situationen: Als einziges Mittel zur Bekämpfung solcher Großdemonstrationen blieb der Staatsgewalt häufig nur der Schusswaffengebrauch, da weder Gummiknüppel noch Wasserwerfer zu diesem Zeitpunkt in Ungarn vorhanden gewesen seien. Auch habe man seitens der kommunistischen Führung nie daran geglaubt, dass es zu einem Volksaufstand in Ungarn kommen könnte. Gleichzeitig unterstrich er die Rolle des ungarischen Staatssicherheitsdienstes ÁVH, welcher nach den Ereignissen auf dem Kossuth Lajos tér aufgelöst wurden, die ehemaligen Mitglieder aber später erneut durch die Sowjetarmee bewaffnet wurden und entscheidend an der Verbrechen gegen ihre eigenen Landsleute mitgewirkt hätten. Sie hätten dazu beigetragen, die friedlichen Massen auf die Straße und öffentliche Plätze zu locken um sie dort niederschießen zu können und so den Willen der Ungarn brechen zu können.

Dr. Frigyes Kähler, Vorsitzender Richter im Ruhestand, beschäftigte sich in diesem Zusammenhang mit den Massenerschießungen in Salgotarján. Diese seien ein Glied in der Kette der Massenerschießungen nach dem 4. November 1956 und typisch für das Vorgehen der Kádár-Regierung gewesen, die ihre Macht nur durch das Brechen des Willens des ungarischen Volkes festigen konnte. Paradebeispiel dafür sei der

Ausspruch des Staatsministers György Marosán vom 8. Dezember 1956 „Ab heute werden wir nicht mehr verhandeln, ab heute werden wir schießen“. Nur Stunden später wurden in Salgotarján fast 130 Menschen bei einer Demonstration durch Schüsse in die Menge getötet.

Das Blutbad am Kossuth tér vom 25. Oktober 1956 untersuchte Dr. Gábor Jobbágyi, der Lehrstuhlinhaber Bürgerliches Recht an der Katholischen Pázmány Péter Universität Budapest. Er bezeichnete die Ereignisse als zielgerichtete militärische Aktion gegen das ungarische Volk, da die Massen vorsätzlich auf den Kossuth tér gelockt worden seien: So seien von bis zu fünf unterschiedlichen Orten in Budapest Lastkraftwagen mit friedlichen Demonstranten in Richtung des Platzes abgefahren, die von dem Staatssicherheitsdienst dafür bereitgestellt worden seien. Auch berichtete er von sowjetischen Panzerfahrzeugen, die Demonstranten vom Hotel Astoria in Budapest zum Kossuth tér gefahren hätten und später auf dieselben geschossen hätten. Ziel dieser Aktion sei eine Provokation einer Gegenreaktion seitens des ungarischen Volkes gewesen, die die Sowjetarmee dazu berechtigt habe, auch nach der Niederschlagung des Aufstands weiter in Ungarn zu bleiben, wozu sie aufgrund der Pariser Verträge nach dem Zweiten Weltkrieg nur unter bestimmten Bedingungen berechtigt waren.

PD Dr. Hendrik Hansen, Lehrstuhlinhaber, Lehrstuhl für Politikwissenschaft der Andrassy Universität Budapest beleuchtete die Ereignisse 1953 und 1956 in seinem Vortrag „Karl Marx – Humanist oder Vordenker des Gulag?“ von einer theoretischen Seite und setzte sich in einem interessanten Vortrag mit der Frage auseinander, ob die marxistische Theorie die Gewalt und verbrecherische Umsetzung in den kommunistischen Systemen schon vorangehend angelegt habe und inwieweit das Denken für das Handeln verantwortlich zu machen sei. Dabei legte er dar, dass die marxistische Theorie den Merkmalen totalitärer Ideologien entspreche und diese auf der radikalen Reinigung der Gesellschaft von den Resten des Kapitalismus beruhe: Die Gewalt sei also schon in der Theorie angelegt gewesen und die Umsetzung durch die kommunistischen Regime begann nicht mit der Theorie, sondern schon bereits in derselben. Wer sich also bei der Vernichtung der „Klassenfeinde“ 1953 oder 1956 auf Marx berufen habe, habe dies mit Recht getan.

Den Unterschied und die Gemeinsamkeiten zum Volksaufstand 1956 in Ungarn stellte Prof. Dr. Manfred Wilke, Projektleiter am Institut für Zeitgeschichte München und ehemaliger Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat, in seinem Vortrag zum Arbeiteraufstand und dessen blutiger Vergeltung in Berlin 1953 dar. Er beschrieb detailliert die Ereignisse in der DDR und Berlin, die zu den Aufständen am 17. Juni geführt haben. Dabei betonte er die Auswirkungen für die SED, welche als Vasall der Sowjetunion und nicht als Repräsentant der eigenen Bevölkerung vor der ganzen Welt bloßgestellt worden seien. Bis 1989 wurden die Ereignisse des 17. Juni 1953 auch in der Bundesrepublik wenig gewürdigt, in der DDR sogar totgeschwiegen, da auch immer die Angst vor dem Eingreifen der rund 400.000 sowjetischen Soldaten bei weiteren Demonstrationen und die Provokation eines Konflikts mit den westlichen Alliierten im Raum gestanden habe. Der Aufstand selbst habe laut Prof. Dr. Wilke nur so wenig Todesopfer gefordert, da acht Jahre nach dem Krieg vielen der Aufständischen noch bewusst gewesen sei, was ein T-34 und sowjetische Soldaten bedeuten würden und viele deswegen frühzeitig die Flucht nach Westdeutschland ergriffen hätten.

Dr. Miklós Horváth, Professor an der Katholischen Pázmány Péter Universität Budapest, hielt einen mitreißenden Vortrag über den Krieg, den die Sowjetunion 1956 gegen Ungarn geführt habe und der einzig und allein der Bestrafung des ungarischen Volkes und der strategischen Stationierung sowjetischer Truppen gedient habe. Im Anschluss diskutierten die Teilnehmer der Veranstaltung mit den Referenten über verschiedene Aspekte der Volksaufstände.

(Patrick Burmeier)